

ZUM SCHULENTWICKLUNGSPLAN

Land muss Spielregeln ändern

Von Helmut Frangenberg, 26.04.12, 16:41h

Mit ihrem Maßnahmenpaket für ein zukunftstaugliches Schulangebot in Köln hat die Schulverwaltung ehrgeizige Pläne vorgelegt. Helmut Frangenberg ist voll des Lobes für die Urheber. Doch bei aller Euphorie: das letzte Wort hat das Land.



Ein Standort für ein Zukunftsprojekt: Die Martin-Luther-King-Hauptschule in Weiden soll zur Modellschule werden. (Bild: Worrying)

Schulentwicklungsplanung bedeutet mehr als das Bemühen um die Balance zwischen Angebot und Nachfrage. Mit der Weiterentwicklung des Bildungsangebots rüstet sich die Stadt für Herausforderungen der Zukunft. Das Bildungsangebot ist ein Standortfaktor. Mit ihrem Maßnahmenpaket hat die Stadt sich der Aufgabe gestellt und Perspektiven eröffnet. Als Schulträger ist ihr Handlungsspielraum allerdings beschränkt. Für die Qualität des Unterrichts, der Betreuung und der Förderung in den Schulen ist das Land zuständig.

Dort fallen die Entscheidungen, ob tatsächlich gute Voraussetzungen für ein gemeinsames Lernen aller Kinder in einer Schule entstehen. Es gibt erfreuliche Ansätze, aber längst nicht alle Fragen sind zufriedenstellend beantwortet.

Selbst bei Rahmenbedingungen, für die nicht einmal Geld eingesetzt werden muss, besteht weiterhin Handlungsbedarf: Die Vorschrift, dass sich Schulen selbst abschaffen müssen, damit in ihren Gebäuden Neues entstehen kann, demotiviert engagierte Pädagogen. Die Gründung der ersten Gemeinschaftsschulen, deren Aufgaben nun Sekundarschulen übernehmen sollen, hat Eindruck hinterlassen: Lehrer, Eltern und Schulleitungen haben genau zur Kenntnis genommen, dass fast alle, die am Konzept mitgearbeitet haben, an seiner Umsetzung nicht beteiligt wurden.

Das hat entmutigt. Genau das Gegenteil ist aber nötig: Ohne Sachverstand und Mitarbeit der Betroffenen geht es nicht. Das gilt für die Sekundarschulen, in denen heutige Regelschulen aufgehen sollen, wie für die Perspektiven der Förderschulen, wenn es um die Inklusion geht. Wenn das Land die Spielregeln nicht ändert, wird nicht viel aus den städtischen Plänen.

Es ist nicht das einzige Thema, bei dem die grüne Bildungsministerin in den vergangenen Monaten die größte Stadt im Land im Regen stehen ließ. Auch bei den Schulprojekten, die über Köln hinaus Modellcharakter haben werden, hielt sich das Engagement der Landesregierung in Grenzen. Im Umfeld der Macher der „Inklusiven Universitätsschule“ – immerhin Landesbedienstete, die sich um die Lehrerausbildung in ganz NRW kümmern – wächst die Unzufriedenheit.

Die Stadt hat ihre Hausaufgaben gemacht. SPD, CDU und Grüne im Stadtrat dürften den Plänen, die den landesweiten Schulkompromiss umsetzen, mehr oder weniger zustimmen. Sie sollten nun ihre neuen und alten Landtagsabgeordneten auf Trab bringen, damit die zukünftige Landesregierung nachlegt.

<http://www.ksta.de/jks/artikel.jsp?id=1335257931609>

Copyright 2012 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.